

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
186 · Ausgabe AG · Januar 2020
AZB 3001 Bern



Nach der Wahl ...

... IST VOR DER WAHL. WAS ABGEDROSCHEN KLINGEN MAG, TRIFFT DOCH ZU. DENN IN WENIGER ALS ZEHN MONATEN SIND GROSSRATSWAHLEN, DIE WICHTIGSTEN WAHLEN FÜR DIE SP AARGAU.

Mobilisieren

Die vergangenen Wahlen haben einmal mehr gezeigt: Mobilisierung ist entscheidend. Dies gilt umso mehr, je geringer die Wahlbeteiligung ist. Die kantonalen Wahlen stehen vor der Tür, und erfahrungsgemäss werden erheblich weniger Wählerinnen und Wähler wählen gehen als bei den nationalen Wahlen. Also ist die Mobilisierung besonders wichtig.

Mobilisieren kann man mit Themen, mit Köpfen und durch persönliches Engagement. Mit unseren sozialdemokratischen Themen haben wir das Potential zu gewinnen. Präsentieren wir möglichst konkrete Lösungen für die Alltagsfragen der Menschen in unserem Kanton! Gewählt werden Menschen, die man kennt. Stellt euch zur Verfügung! Grossrätin oder Grossrat zu sein, ist eine spannende Bereicherung. Das persönliche Engagement von uns allen ist zentral. Am glaubwürdigsten sind wir in unserer nächsten Umgebung, wo uns die Leute kennen und uns vertrauen. Dort müssen wir die entscheidenden Stimmen holen. Nutzen wir die verbleibenden neun Monate, um zu überzeugen und auch unsere zweifelnden Bekannten zur richtigen Wahl zu bewegen.

Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass der Aargau im Herbst sozialdemokratischer wird. Seine

Einwohnerinnen und Einwohner haben es verdient.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau.



Der Wahlkampf hat also schon begonnen – und wir nehmen einige Erkenntnisse aus dem Wahljahr 2019 mit:

Bewegt

Die erfreuliche Erkenntnis zuerst: Bei den Nationalratswahlen haben wir – entgegen dem nationalen Trend – zugelegt und den dritten Sitz zurückgeholt. Weil wir auf die richtigen Themen gesetzt und diese engagiert vertreten haben, in der Öffentlichkeit und im Gespräch mit unseren Wählerinnen und Wählern. Wir sind für die Wahlen auf die Menschen zugegangen und haben so viele persönliche und Telefongespräche geführt wie nie zuvor. Nicht zuletzt wegen der fulminanten Ständeratskampagne von Cédric Wermuth haben

wir mobilisiert. Das zeigt auch die Studie des Zentrums für Demokratie.* Noch nie haben wir so viele Sympathisantinnen und Sympathisierende aktiviert wie in diesem Wahlkampf. Wenn wir also zur Bewegung werden, dann gewinnen wir.

Links

Natürlich brachten die Wahlen 2019 auch bittere Erkenntnisse: Das Resultat von Yvonne Feri hat zwar gezeigt, dass die Bewegung weiterging, dass wir damit den halben Kanton hinter uns und die Bürgerlichen ins Schwitzen brachten. Der knappe Verlust hat aber auch gezeigt, dass ebendieser Aargau tief bürgerlich bleibt. Wenn es um den Machterhalt geht, dann versagt auch die Mitte. Dann entscheidet auch sie sich im Ständerat für Tradition statt Qualität und wählt einen Regierungsrat, der Privatisierungsphantasien verbreitete und sonst vor allem nichts sagte. Die Mitte ist verantwortlich, dass in der Regierung die Frauen und im Ständerat der halbe Kanton nicht

mehr vertreten sind. Auf sie können wir nicht setzen.

Ökologisch und sozial

Dass wir uns vor dem zweiten Ständerats-Wahlgang zurückziehen mussten, war der grünen Welle geschuldet – von der vorwiegend Parteien mit «grün» im Namen profitierten. Die Klimadiskussion hat die Wahlen beherrscht. Die SP hat sich dabei engagiert – mit Lösungsvorschlägen im Parlament und in der Öffentlichkeit. Wir sind und bleiben die erste ökologische Partei im Aargau, und wir sind mehr: Wir kämpfen für einen ökologischen Umbau, der sozial verträglich ist. Deshalb ist grün nicht sozialdemokratisch. Das müssen wir den Wählerinnen und Wählern noch deutlicher machen.

Fazit für 2020

Wahlkampf ist Bewegung: Wir müssen den Schwung aus der beherrzten Basiskampagne mitnehmen. Und wir müssen links bleiben – zeigen, dass wir ökologisch UND sozial sind. Dann gewinnen wir auch die Grossratswahlen 2020!

*www.fokus.ag/analysen



KOMMENTAR



Danke

Über 75 000 Aargauerinnen und Aargauer haben mir ihre Stimme bei den Regierungsratswahlen gegeben, über 46 000 Wählerinnen und Wähler haben mich in den Nationalrat gewählt. Danke für das riesige Engagement, für die grossartige Basis-kampagne, für die Motivationsschübe! Mit dem Resultat bei der Regierungsratswahl haben wir ein Zeichen gesetzt. Wir sind mit Mitte-Links zusammen in der Lage, die konservative Seite zu schlagen. Das wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Deshalb schaue ich zuversichtlich auf die kantonalen Wahlen im Herbst 2020. Dann wird es nicht nur darum gehen, unsere WählerInnenanteile zu erhöhen, sondern auch darum, Frauen zu wählen. Auch für den Grossen Rat hoffe ich, dass wir den nationalen Trend «linker, jünger, weiblicher» fortsetzen können.

Die erste Session der neuen Legislatur haben wir bereits hinter uns. Die Kommissionen sind neu besetzt, erste Eindrücke der neuen Dynamik manifest. Ich werde weiterhin in den Kommissionen Soziale Sicherheit und Gesundheit SGK sowie Geschäftsprüfung GPK Einsitz nehmen und freue mich auf die kommenden Herausforderungen.

Weil mein Weg im Parlament weitergeht, kann ich auch das Präsidium der Stiftung Kinderschutz Schweiz weiterführen. Ich freue mich, dass wir nun pünktlich auf den 30. Geburtstag der UN-Kinderrechtskonvention im Bundeshaus eine Ausstellung zum Thema «Eine Schweiz für Kinder. Wirklich?» eröffnen konnten. Diese ist noch bis Ende März 2020 zu sehen. Beruflich werde ich mich neben dem Nationalrat auf meine Firma FERI Mit-Wirkung konzentrieren, die Geschäftsführungen für NPO, Vereine, Stiftungen anbietet.

Für unsere sozialen, ökologischen und Gleichstellungsanliegen gibt es noch viel zu tun. Ich bin sehr motiviert, weiter daran zu arbeiten – zusammen mit euch!

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.



ELISABETH BURGNER BROGLI

Eine würdige Grossratspräsidentin



Claudia Rohrer
von Rheinfelden ist
Co-Präsidentin der
SP-Grossratsfraktion.

Elisabeth Burgener Brogli wurde am 7. Januar 2020 als Vizepräsidentin II des Grossen Rates des Kantons Aargau gewählt. Sie wird im Jahr 2022 eines der höchsten Ämter des Kantons ausüben, sie wird unsere Grossratspräsidentin sein. Elisabeth Burgener Brogli ist bestens vernetzt im kantonalen Parlament, sie ist über die Parteigrenzen hinaus bekannt für ihr Fingerspitzengefühl, und sie kann auf ihre langjährige politische Erfahrung zurückgreifen.

Seit 2007 ist sie Mitglied des Grossen Rates, in den Jahren 2014 bis 2018 präsidierte sie zusammen mit Cédric Wermuth die Kantonalpartei, sie war Mitglied in verschiedenen grossrätlichen Kommissionen, die nichtständige Kommission zum Kantonalen Einbürgerungsgesetz präsidierte sie. Bereits damals zeigte sie, als Kommissionspräsidentin kann sie die Rolle der Diskussionsleiterin einnehmen und auch die Meinung der Kommission im Grossen Rat unvoreingenommen und – ohne sich selbst, ihre persönliche Meinung und die Werte der Sozialdemokratie zu verleugnen – darlegen. Diese Fertigkeit wird ihr auch bei der Ausübung des neuen Amtes helfen.

Elisabeth Burgener Brogli arbeitet an der Heilpädagogischen Sonderschule Windisch und ist Lehrbeauftragte an der Fachhochschule für soziale Arbeit. Die 58-jährige lebt mit ihrem Ehemann in Gipf-Oberfrick und hat zwei erwachsene Töchter.

Sie ist über die Parteigrenzen hinaus bekannt für ihr Fingerspitzengefühl, und sie kann auf ihre langjährige politische Erfahrung zurückgreifen.

Das würdevolle Amt bringt eine grosse Bürde mit sich, Elisabeth Burgener Brogli wird sich in den kommenden Jahren in ihrer Rolle üben und sich sachlich nur noch zurückhaltend äussern können. Ich bin aber zuversichtlich, dass Elisabeth Burgener Brogli im Präsidialjahr selbst charmant und intelligent sozialdemokratische Akzente setzen wird. Darauf freue ich mich, und ich wünsche ihr für die kommenden Jahre viele lustvolle politische Momente und dass die Würde für sie nicht zur Bürde wird.

2. BILDUNGS- UND KULTURREISE NACH ST. URSANNE

Die Bibliothek von Fredi Krebs



Elisabeth Burgener
von Gipf-Oberfrick
ist SP-Grossrätin und
Grossratsvizepräsi-
dentin II.

Weisst du, was ein*e Enzyklopädist*in ist? Diese strebten einst genau das an, was das Internet heute schafft oder scheinbar schafft: alles Wissen zu äufnen, das gesammelt werden kann, um es in Bibliotheken zugänglich zu machen.

Das Internet/google: Wir brauchen es alle und können es uns ohne nicht mehr vorstellen. Und dennoch: Im Vergleich zum Internet entfaltet eine Bibliothek alles darin versammelte Wissen und strahlt eine Präsenz absoluter Unaufdringlichkeit aus. Es ist ein anderes Eintauchen, als wenn ich das Wissen über das Internet abhole. In einer Bibliothek lasse ich mich mit allen Sinnen berühren.

Fredi Krebs ist ein politischer Denker, Debattierer und Buchverleger.

Aber was hat das mit unserer 2. Bildungs- und Kulturreise zu tun? Eine der grössten privaten Bibliotheken befindet sich in einer ausgedienten Uhrenfabrik in St. Ursanne. Und die werden wir besuchen. 40 500 Bücher, 35 000 Broschüren und 10 000 Hefte und Magazine, unzählige Fotos, Blätter, Mappen; insgesamt rund 110 000 Objekte. Und mit Fredi Krebs wird uns ein Gastgeber empfangen – einer der letzten Enzyklopädis-

ten –, der über jedes Buch etwas zu sagen hat, oder wie es so schön heisst: Er redet wie ein Buch.

Fredi Krebs ist ein politischer Denker, Debattierer und Buchverleger, der vor Jahren vom Fricktal nach St. Ursanne gegangen ist – und bis heute geblieben ist – weil er dem damaligen SP-Nationalrat und Europarat Andi Gross bei einer politischen Recherche half. Daraus ist eine Zusammenarbeit entstanden in Andis «Atelier für direkte Demokratie» und die Gründung des Sachbuchverlags «Editions Le Doubs».

Unsere 2. Bildungs- und Kulturreise am Samstag, den 29. Februar, führt uns also nach St. Ursanne und zu der wunderbaren Bibliothek von Fredi Krebs.

Unseren Ausflug starten wir aber mit einem Besuch von und einer Führung durch St. Ursanne. Einst ein Kloster mit einem mittelalterlichen Städtchen, gehörte St. Ursanne von 1793 bis 1815 zu Frankreich, später zum Kanton Bern und ist geprägt durch seine starke Industrialisierung und die jurassischen Befreiungskämpfe. Wir werden kuriose Ecken und Plätze besuchen und Spuren entdecken, wie die noch bestehenden Schrebergärten, die der Fabrikbesitzer einst den Arbeiter*innen zur Verfügung stellte, um sie besser an die Firma zu binden. Anschliessend besuchen wir Fredi Krebs' Bibliothek und lassen uns durch verschiedene Inputs zur Funktion und Bedeutung einer Bibliothek und – am Beispiel des Jura – zur Geschichte der Anarchie und der Republik bereichern. Mit einem Nachtessen schliessen wir den Besuch ab und reisen abends wieder zurück in den Aargau.

Die Einladung wurde an alle Mitglieder verschickt, und kann beim SP-Sekretariat erfragt werden.

Wir von der AG «Bildungs- und Kulturreise», Sandro Covo, Elisabeth Burgener und von der GL Dieter Egli, freuen uns auf deine Anmeldung, die das Sekretariat bis Ende Januar gerne entgegen nimmt.



Gesucht: Campaigner*innen

Die SP Kanton Aargau sucht für den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Oktober 2020 drei Campaigner*innen für die kantonalen Wahlen (70 %). Arbeitsort ist Aarau.

Aufgaben: Organisation und Umsetzung der Basiskampagne der SP Aargau bei den kantonalen Wahlen 2020. Ziel der Basiskampagne ist die konsequente und systematische Einbindung von Parteimitgliedern und weiteren Freiwilligen in die Wahlkampagne. Anstatt einfach über die Menschen zu reden, wollen wir direkt mit ihnen ins Gespräch kommen. Entscheidend dafür, dass dies gelingt, ist deine Arbeit als Campaigner*in vor Ort.

Anforderungen: Ausgeprägte organisatorische Fähigkeiten, Belastbarkeit, zuverlässige, selbstständige und systematische Arbeit, kommunikative Fähigkeiten und Begeisterungsfähigkeit, Teamfähigkeit, Motivation zur Arbeit mit Freiwilligen, Flexibilität und Bereitschaft zur Leistung unüblicher Arbeitszeiten, zeitweise hohe Arbeitsbelastung. Grundlegende IT-Kenntnisse (Textverarbeitung und einfache Webanwendungen). Vertrautheit mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie und Einstehen für diese. Von Vorteil sind zudem Erfahrung in der Organisation von Anlässen, in Abstimmungs- und Wahlkämpfen und/oder in der Parteipolitik sowie erweiterte Informatikkenntnisse (Datenbanken und Ähnliches).

Wir bieten ein tolles Team, die Mitarbeit in einem spannenden Politik-Projekt mit Pioniercharakter, Einblicke in eine Wahlkampagne sowie eine faire Entlohnung.

Claudio Bernet (claudio.bernet@sp-aargau.ch, 062 834 94 74) erteilt gerne weitere Auskünfte. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte bis 2. Februar 2020 in elektronischer Form an claudio.bernet@sp-aargau.ch.



**NEU IM
GROSSEN
RAT**

Silvia Dell'Aquila

links.ag: Nach der Wahl von Gabriela Suter in den Nationalrat bist Du am 3. Dezember im Grossen Rat vereidigt worden. Woher kommst Du?

Aufgewachsen in Lenzburg, lebe ich nun seit Jahrzehnten in Aarau. Seit 2014 bin ich in Aarau für den VPOD Aargau/Solothurn als Geschäftsführerin tätig. Nach meinem Abschluss in Soziologie habe ich 2003 begonnen, für verschiedene Gewerkschaften zu arbeiten, mit einem zweijährigen Abstecher in die Radiowelt als Musikredaktorin. Politisch bin ich der SP beigetreten, der ich auch während der letzten Aarauer Stadtratswahlen, bei denen ich als wilde Kandidatin angetreten bin, immer treu geblieben bin.

Wofür setztest Du Dich besonders ein? Warum?

Mein Fokus liegt auf einem starken Service Public. Der Staat hat Grundaufgaben zu erfüllen, die mit gutem Grund bei ihm liegen. Weiter ist mir ein aktives und vielfältiges Kulturleben wichtig. Grundsätzlich geht es mir darum beizutragen, dass ein gutes Zusammenleben in unserer Gesellschaft mit Einbezug aller Menschen mit ihren verschiedenen Voraussetzungen und Ausprägungen möglich ist.

Was sollte die SP nun erreichen, nachdem die Budgets wieder gut aussehen?

Die SP muss eine Verbesserung für die sozial schwächeren Bevölkerungsteile durchsetzen, welche in den letzten Jahren aufgrund einer verfehlten kantonalen Finanzpolitik immer mehr Abstriche erfahren mussten. Im Gesundheitswesen müssen wir klar machen, dass eine Ökonomisierung auch dieses wichtigen Bereiches im Service Public falsch ist. Die Gesundheitsversorgung ist eine Grundaufgabe des Staates und sollte nicht am Markt verhandelt werden wie eine beliebige Konsumware. Und es braucht neue Konzepte für eine solidarische Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen ihrer schwächsten Glieder orientiert.

Die Soziologin und VPOD-Geschäftsführerin Aargau/Solothurn Silvia Dell'Aquila von Aarau ist SP-Grossrätin.

ABSTIMMUNG INITIATIVE MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Endlich mehr günstigen Wohnraum ermöglichen

DIE MIETEN IN DER SCHWEIZ SIND SEIT DEM JAHR 2000 UM 27 PROZENT ANGESTIEGEN, HEUTE GIBT ES VIEL ZU WENIG GÜNSTIGEN WOHNRAUM. DIE ENTWICKLUNGEN AUF DEM WOHNUNGSMARKT HABEN VIELE NEGATIVE AUSWIRKUNGEN, DENEN DIE INITIATIVE «MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN» MIT KONKRETEN MASSNAHMEN BEGEGNEN WILL.



Yvonne Feri
von Wettingen ist
SP-Nationalrätin.

Die Bundesverfassung räumt uns allen das Recht ein, uns an jedem Ort des Landes niederzulassen. Doch wie soll das funktionieren, wenn in gewissen Regionen keine bezahlbaren Wohnungen zur Verfügung stehen?

Finden Menschen keine bezahlbaren Wohnungen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes, nimmt der Pendelverkehr zu. Bereits heute gelangt die Pendelinfrastruktur zu Stosszeiten an ihre Kapazitätsgrenzen. Eine gesellschaftliche Durchmischung trägt zu Lebendigkeit und gegenseitigem Verständnis bei und hilft, die Entstehung sozialer Brennpunkte zu vermeiden. Damit die Durchmischung in Quartieren und Schulen gelingt, braucht es überall ein Angebot an günstigen und teureren Wohnungen.

Die Wohnausgaben stellen den wichtigsten Posten in den Haushaltsbudgets dar. Sind die Mietkosten hoch, schmälern sie die Kaufkraft der Bevölkerung und verunmöglichen das Sparen fürs Alter. Die hohen Wohnungsmieten belasten auch unsere Sozialwerke. So wird die dringend nötige Erhöhung der anrechenbaren Mietzinsmaxima bei den Ergänzungsleistungen per 2021 im Jahr 2030 zu Mehrkosten von 201 Millionen Franken führen.

Die Initiative (www.bezahlbare.wohnungen.ch), die 2015 von Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz 2015 zusammen mit der SP Schweiz und weiteren Akteuren lanciert worden ist, bringt die dringend benötigten Lösungen zu den oben geschilderten Problemen. Sie enthält drei zentrale Forderungen:

1. Gesamtschweizerisch sollen mindestens zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen gemeinnützigen Bauträgern gehören.
2. Kantone und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus eingeräumt erhalten.
3. Subventionen für energetische Sanierungen dürfen nicht zu Luxuslösungen und

damit verbundenen übermässigen Verteuerungen von Wohnungen führen.

Bundesrat und Parlament reagieren fast immer ablehnend auf Lösungsvorschläge, die Quoten enthalten. So sind sie auch mit der Quote für den gemeinnützigen Wohnungsbau nicht einverstanden und empfehlen dem Stimmvolk, die Initiative abzulehnen. Der Bundesrat will das Problem der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt lösen, indem er den Fonds de Roulement* für die Darlehensgewährung an gemeinnützige Wohnbauträger während 10 Jahren mit 250 Millionen Franken aufstockt. Der Fonds de Roulement ist ein Instrument, das schon lange besteht und das nur im Zusammenspiel mit der Initiative zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beitragen kann.

Für die Durchmischung in Quartieren und Schulen braucht es überall ein Angebot an günstigen und teureren Wohnungen.

Am 9. Februar 2020 braucht es jede Stimme, um mehr bezahlbare Wohnungen für die unteren und mittleren Einkommensklassen zu schaffen, insbesondere für ältere Menschen und Familien. Helft mit, die Bevölkerung mit Argumenten für die Initiative und für die Teilnahme an der Abstimmung zu gewinnen!

* Aus dem Fonds de Roulement können gemeinnützigen Bauträgern unter bestimmten Bedingungen zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen gewährt werden. Die Darlehen dienen als Rest- oder Überbrückungsfinanzierung für Erneuerungen, energetische Sanierungen oder Erwerb. Der Fonds de Roulement ist eines der Instrumente, die mit dem Wohnbauförderungsgesetz (WFG) 2003 eingeführt wurden.

ABSTIMMUNG GESETZ ÜBER DAS KANTONS- UND DAS GEMEINDEBÜRGERRECHT (KBÜG)

10 Jahre sind zu viel – Armut ist kein Delikt



Lelia Hunziker
von Aarau ist
SP-Grossrätin.

Es ist zum Heulen: Der Kanton Aargau will das auf Bundesebene schon verschärfte Einbürgerungsgesetz nochmals verschärfen. Der Ausländeranteil wird künstlich hochgehalten, damit die Petarden für die bürgerliche Politik gegen Ausländerinnen weiter zünden. Die SP lehnt das Kantonale Bürgerrechtsgesetz (KBÜG), das am 9. Februar zur Abstimmung kommt, dezidiert ab.

Die Schweiz hat ein Demokratieproblem. Rund 25 Prozent der Bewohnerinnen können politisch nicht partizipieren. Dafür braucht es einen Schweizer Pass. Mit der nun vorliegenden Revision werden die Hürden für eine Einbürgerung nochmals höher, und neu wird sogar Armut bestraft und damit eine Verwaltungskrake geschaffen. Denn neu darf erst eingebürgert werden, wer 10 Jahre lang keine Sozialhilfe bezogen hat. Die 10 Jahre sind ein Produkt des von Rechtsbürgerlichen seit Jahren vorgebeteten Narrativs, dass Sozialhilfebeziehende erstens selber schuld und zweitens faul sind. Es ist nicht die Schuld der Wirtschaft, noch des Arbeitsmarktes, noch der Gesellschaft. Solidarität ist in diesem Narrativ ein Fremdwort. Das ist falsch und unwürdig. Mit dem neuen Gesetz wird das Gedankengut der geistigen Landesverteidigung und der Schweizermacherinnen weiter zementiert. Ein Volk von fleissigen, reichen, gesunden, wanderlustigen, fonduessenden Menschen – ein homogenes, gleichgetaktes Trüppchen, das fröhlich jodelnd zusammensteht und Schokolade schmatzend in einem Land mit saftigen Wiesen und blühenden Geranien lebt. Es soll so sein, wie es niemals war.

Das neue Gesetz geht diametral in die falsche Richtung, es zeigt keinerlei Gestaltungswillen, sondern ist polemisch und ausländerinnenfeindlich. Anstatt die Einbürgerungshürden zu senken und die Willkür zu eliminieren, welche vor allem bei den Einbürgerungsgesprächen in den Gemeinden zum Tragen kommt, werden die Hürden nochmals erhöht. Die Chance, das absolut

veraltete System der Einbürgerung ins neue Jahrtausend zu heben, wurde komplett verpasst. Ja, es wäre Satire, wenn es nicht zum Heulen wäre.

Die Staatsbürgerschaft und die Einbürgerung haben ausgedient.

In einer vielfältigen und mobilen Gesellschaft müssen Bürgerrechte fundamental neu gedacht werden, die Staatsbürgerschaft und die Einbürgerung haben ausgedient. Es müssten neue Formen der politischen Partizipation geschaffen werden. Der Kanton Zürich diskutiert ein Ausländerinnenstimmrecht auf kommunaler Ebene, ein solches besteht schon in einigen vornehmlich Westschweizer Kantonen. Skandinavische Länder kennen dieses schon lange. Und wir im Kanton Aargau müssen über eine Verschärfung, welche zudem noch eine Verwaltungskrake schafft, abstimmen. Denn: Die Residenzpflicht schreibt fünf Jahre im Kanton und drei Jahre in der Gemeinde vor. Die Gemeinden im Aargau müssten also regelmässig in verschiedenen Kantonen und vielen Gemeinden nachprüfen, wer wann wie viel Sozialhilfe bezogen hat. Ein riesiger, wohl nicht zu bewältigender Aufwand.

Das neue Kantonale Bürgerrechtsgesetz muss zwingend abgelehnt werden. 10 Jahre sind zu viel – viel zu viel.

Weitere Infos: www.kbüg-nein.ch

KOMMENTAR



Wir brauchen dich als Grossrät*in!

Das Jahr 2020 ist das Jahr der Grossrats- und Regierungswahlen. Bereits im vergangenen Jahr starteten die Vorbereitungen zu den Wahlen, und die Präsidienkonferenz beschloss im November das Wahlkonzept. Nun startet das wichtigste der ganzen Wahlen: Die Kandidierenden-suche.

Denn im Zentrum jeder Wahl stehen immer die Leute, die kandidieren. Und für ein gutes Resultat ist es unerlässlich, mit vollen Listen anzutreten. Denn mit dem doppelten Pukelsheim* müssen wir in jedem Bezirk gut abschneiden. Wir haben bei den letzten Wahlen sechs zusätzliche Sitze geholt. Diese gilt es zu verteidigen beziehungsweise eigentlich sogar zu erhöhen. Deshalb sind wir auf möglichst viele engagierte SP-Mitglieder angewiesen, die sich als Grossratskandidat*in zur Verfügung stellen. Denn jede*r bringt zusätzliche Stimmen durch Bekannte, Verwandte oder Freund*innen die er* oder sie* kennt. Mitbringen solltest du als allererstes einmal Kenntnisse über die SP als Partei, über die Politik im Aargau und natürlich auch ein ausgeprägtes Interesse daran. Der Wahlkampf braucht aber auch Zeit, die jede*r investieren muss. Es ist uns aber völlig klar, dass nicht jede*r gleich viel Zeit für den Wahlkampf mitbringt.

Und auch ganz wichtig ist natürlich die Freude am Wahlkampf und die Freude, gemeinsam mit der SP Aargau im Kanton etwas zu bewirken.

Bis Ende März werden die Bezirksparteien ihre Listen zusammenstellen. Falls du dich für eine Kandidatur interessierst, kannst du dich direkt an deine Bezirkspartei wenden oder auch gerne an uns im Sekretariat der SP Aargau, dies unter sekretariat@sp-aargau.ch oder 062 834 94 74. Wir stellen dir gerne ein detailliertes Anforderungsprofil zu.

Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau.

*das Aargauer Wahlsystem nach Professor Pukelsheim



NEU IM GROSSEN RAT

Nun fest angestellt

Im Juni 2018 habe ich mich im links.ag als neuer politischer Sekretär der SP Kanton Aargau vorgestellt. Mein Vertrag war erst einmal auf zwei Jahre beschränkt. Das mir anvertraute neue Projekt der Mittelbeschaffung musste sich zuerst noch bewähren. Nach den Wahlen 2019 konnten wir detailliert Bilanz ziehen. Die Auswertungen zeigten, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Der SP Aargau stehen heute deutlich mehr Mittel zur Verfügung. Deshalb hat die Geschäftsleitung im November beschlossen, die Stelle unbefristet zu verlängern. Über dieses Zeichen des Vertrauens habe ich mich sehr gefreut.

Neben meiner Haupttätigkeit konnte ich auch vielfältige andere Aufgaben übernehmen. So war ich unter anderem für die Organisation von Parteitag verantwortlichen, arbeitete bei der Ständeratskampagne von Cédric Wermuth und der Regierungratskampagne von Yvonne Feri mit und organisierte das Wahl-Fest Anfang September in Aarau. Bei all diesen und vielen weiteren Aufgaben habe ich den engen Kontakt und die Zusammenarbeit mit den SP-Mitgliedern sehr geschätzt. Ich habe stets motivierte Menschen getroffen und wurde mit offenen Armen empfangen.

Claudio Bernet von Bern ist Parteisekretär der SP Aargau.

AARGAUER SUPPE



Gabriela Suter

Max Chopard-Acklin

berichten aus dem Grossen Rat und dem Nationalrat

23. Januar 2020, 19.30 Uhr

Restaurant Löwen, Dorfstrasse 66,
5417 Untersiggenthal



Mit offerierter Suppe.



Unsplash/Sharon McCutcheon

ABSTIMMUNG ÄNDERUNG STRAFGESETZBUCH UND MILITÄRSTRAFGESETZ

Hass stoppen!



Florian Vock von Baden ist SP-Grossrat, Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds und Präsident des nationalen Abstimmungskomitees «Ja zum Schutz vor Hass».

Die bestehenden Gesetze schützen Lesben, Schwule und Bisexuelle nicht vor Hass und Diskriminierung. Das zeigen aktuelle Fälle. Um dagegen vorgehen zu können, braucht es die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm.

Schon seit 1995 schützt das Strafgesetz bestimmte Bevölkerungsgruppen vor öffentlichen Aufrufen zu Hass und Diskriminierung: Die Antirassismus-Strafnorm 261^{bis} StGB. Mit diesem Artikel werden Personen oder Personengruppen davor geschützt, allein aufgrund ihrer Religion, Rasse oder Ethnie verleumdet und in ihrer Menschenwürde herabgesetzt zu werden. Das betrifft beispielsweise Hassreden gegen Menschen wegen ihrer jüdischen Religionszugehörigkeit, ihrer dunklen Hautfarbe oder ihrer mandelförmigen Augen.

Die Schutzkriterien wurden damals aus objektiven Gründen gewählt. Sie schützen Bevölkerungsgruppen, welche erfahrungsgemäss in besonderem Mass Zielscheibe von Hassreden, Diffamierungen und Verletzungen ihrer Menschenwürde sind.

Das trifft erwiesenermassen auch auf schwule, bisexuelle und lesbische Menschen zu. Nur war das viele Jahrzehnte gesellschaftlich akzeptiert. Zum Glück kommen diese Zeiten zu ihrem Ende. Deshalb hat das Parlament in Bern im Dezember 2018 beschlossen, auch Lesben, Schwulen und Bisexuellen den Rechtsschutz zu gewähren. Der Aufnahme des neuen Kriteriums sexuelle Orientierung opponierte die Mehrheit – das Kriterium «Geschlechtsidentität», das ins-

besondere trans Menschen schützen würde, ist trotz Engagement der SP nicht aufgenommen worden. Trotzdem kam es zum Widerstand: Die EDU und die Junge SVP ergriffen das Referendum.

Öffentliche Hassreden und Verleumdungen fördern ein Klima, das als Rechtfertigung für Pöbeleien, Spuckattacken und tätliche Angriffe ansehen werden kann. Entsprechende Meldungen gehen bei LGBT-Organisationen täglich ein.

Es ist wichtig, bereits öffentliche Aufrufe zu Hass zu stoppen.

Klar: Wird eine Person wegen ihrer sexuellen Orientierung persönlich beschimpft oder tätlich angegriffen, kann sie Strafanzeige einreichen – doch dann ist der Schaden bereits passiert. Es ist deshalb wichtig, bereits öffentliche Aufrufe zu Hass zu stoppen und ein klares Zeichen für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu setzen. Solche öffentlichen Hassreden und Diffamierungen dürfen nicht als «dumme Sprüche» abgetan werden. Angriffe auf die Menschenwürde zu stoppen, nötigenfalls auch mit strafrechtlichen Mitteln, ist ein legitimer Rechtsanspruch der Betroffenen, aber auch der ganzen Gesellschaft. Es wäre einer Demokratie unwürdig, die Meinungsfreiheit als Freipass dafür auszulegen, die Menschenwürde anderer Personen oder Personengruppen ungestraft zu verletzen – am 9. Februar 2020 kann die Schweizer Stimmbevölkerung beweisen, dass sie auch Lesben, Schwule und Bisexuelle schützen will vor Hass.

RÜCKTRITT VON MANFRED DUBACH

«Alles Leben ist Problemlösen»

Das Motto von Karl Popper sei für ihn zentral, meint Manfred Dubach, der Ende 2019 nach 19 Jahren aus dem Grossen Rat zurückgetreten ist. Die Nachfolge werde so einfacher. Rolf Walser, wie Dubach im Schulbereich aktiv, hat anfangs Jahr übernommen.

Manfred Dubach bleibt vorläufig Geschäftsführer des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands alv. Dies wird nun, da die schwierige Zeit der sogenannten Sparmassnahmen des Kantons (wir nannten sie allerdings stets beim Namen: Abbaumassnahmen) vorbei ist, wieder weniger frustrierend, endlich könne man wieder vernünftiger politisieren, meint Dubach. Wichtig war und ist dem alv eine gute Zusammenarbeit mit dem Bildungsdepartement. Das Lohnsystem der Lehrpersonen, festgelegt in einem eigenen Gesetz und Dekret, hat seit seiner Inkraftsetzung 2005 nie die Versprechen der Regierung erfüllt: Es wurde stets an den Löhnen «gespart». Hier hat sich Manfred Dubach

seit der Beratung des Gesetzes energisch und kenntnisreich für eine regelrechte Umsetzung stark gemacht, und hier soll es jetzt auch Verbesserungen geben.

Der ehemalige Bezirksschullehrer hat im Grossen Rat in wichtigen Kommissionen gearbeitet: so in der Finanz-, der Bildungs-, der Kommission Allgemeine Verwaltung und der Spezialkommission, die das Pensionskassendekret ausarbeitete. Neun Jahre lang (bis 2018) war er Präsident der Konferenz der Aargauischen Personalverbände KASPV, ein aufreibendes und anspruchsvolles Amt im Dienst des kantonalen Personals.

Immer freundlich, kompetent, sachbezogen, manchmal sarkastisch (mit Grund: Abbaumassnahmen!), manchmal witzig hinterlässt Manfred Dubach trotzdem keine grosse Lücke im Parlament: Dieses Problem hat er gelöst, indem er rechtzeitig seine Nachfolge in den Gremien organisiert hat.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.



**NEU IM
GROSSEN
RAT**

Rolf Walser

links.ag: Nach dem Rücktritt von Manfred Dubach aus dem Grossen Rat bist Du am 7. Januar als Grossrat vereidigt worden.

Woher kommst Du?

Ich wohne in Aarburg, wuchs dort auf und wurde schon früh durch meine Eltern politisiert. Seit rund 30 Jahren bin ich in der SP und engagiere mich in verschiedenen Funktionen. Als Sekundarlehrer bin ich an der Kreisschule in Erlinsbach gestartet, wo ich heute als Schulleiter tätig bin.

Wofür setztest Du Dich besonders ein? Warum?

Voraussetzung für positive gesellschaftliche Entwicklungen ist eine gute Bildung. Auch die Raumplanung ist mir ein wichtiges Anliegen. Dazu gehört eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung mit innerer Verdichtung und guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr, möglichst ohne Verschleiss von zusätzlichem Boden.

Was sollte die SP nun erreichen, nachdem die Budgets wieder gut aussehen?

Die eingesetzten Mittel sollen möglichst grosse Wirkung entfalten. Menschen mit kleineren Einkommen sollen entlastet werden, etwa bei den Krankenkassenprämien. Investitionen in eine gute Bildung zahlen sich aus. Auch sind öffentlicher Verkehr, der Langsamverkehr und nachhaltige Energiekonzepte zu fördern. Und die Lohnentwicklung für die Lehrpersonen muss mit jener der Nachbarkantone Schritt halten.

Der Erlinsbacher Gesamtschulleiter der Schule Erzbachtal und Aarburger SP-Stadtrat Rolf Walser von Aarburg ist neuer SP-Grossrat.

BUDGETDEBATTE IM GROSSEN RAT

Zum Schaden des Kantons und seiner Einwohner*innen

Der Kanton Aargau ist nach wie vor einer der kostengünstigsten und bezüglich seiner Staatsverwaltung schlanksten Kantone der Schweiz. Und er hat an Attraktivität verloren. Lohnmässig bedeutet dies für die Angestellten gemäss Angaben der Regierung, dass diese im Durchschnitt mindestens 3,5 Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in den umliegenden Kantonen verdienen. Dieser Rückstand, verursacht durch die Sparprogramme in den letzten Jahren, hat zu spür- und schmerzhaften Einschnitten geführt.

Unsere Forderung für das Budget 2020: eine massvolle, zweiprozentige Lohnsummenerhöhung für das Personal. Dadurch hätten sowohl die notwendige Lohnsystempflege (1 Prozent), ein minimaler Abbau des Rückstands (0,4 Prozent) sowie der Teuerungsausgleich (0,6 Prozent) gewährt werden können. Rausgekommen ist ledig-



Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der Konferenz aargauischer Staatspersonalverbände KASPV.

lich 1 Prozent. Es bleibt nur zu hoffen, dass die guten Mitarbeitenden nicht abwandern. Als ob das nicht schon genug gewesen wäre, schossen bürgerliche Kantonsspital-Baden-Befürworter fast zeitgleich munter gegen das Kantonsspital Aarau KSA. Dieses erbringt (und muss erbringen) viele spezialisierte Leistungen exklusiv im ganzen Kanton – und dies 24 Stunden am Tag, für alle Aargauerinnen und Aargauer. Dass ein sogenanntes

Endversorger-Spital viele seiner Leistungen, die sonst niemand anbieten kann oder will, nicht kostendeckend erbringen kann, ist klar. Das Bundesgesetz erlaubt deshalb auch die separate Abgeltung. Dank einem mit 75 zu 59 Stimmen beschlossenen sogenannten «Mitte-Kompromiss-Antrag» aus CVP, FDP und SVP ist der Aargau nicht mehr bloss traditionell knausrig, sondern nunmehr «kleinlich-peinlich» und schädlich unterwegs.

Verbundene Kämpfe

Der Linksrutsch im Oktober wollte nicht so recht gelingen, denn für einen brennenden Linksrutsch war die Schweiz noch nicht ganz bereit. Dazu müssen zuerst neue Identitäten innerhalb unserer Gesellschaft geschaffen werden. Es reicht nicht mehr aus, die Menschen über ihre Lohnabhängigkeit zusammenzuschweissen, um sie für einen antikapitalistischen Kampf zu motivieren. Die Menschheit ist viel komplexer und lässt sich schlecht mit nur einem Merkmal einigen, da jede*r Einzelne mit unterschiedlichen Problemen zu tun hat, sei es die Prämienlast, Diskriminierung oder schlechte Arbeitsbedingungen.

Doch was kann uns dann noch zusammenhalten? Die Anerkennung dessen, dass unsere Kämpfe verbunden sind.

Lasst mich das schnell erklären: Wenn ich für meine Rechte als Frau kämpfe, reicht es nicht aus, für reiche, weisse, konventionell schöne Frauen* zu kämpfen, um das Patriarchat zu besiegen. Von diesem werden nämlich nicht nur diese Frauen* unterdrückt, also müssen wir auch für Trans*menschen eintreten oder für queere Menschen, um gegen dieses System bestehen zu können. Und wir müssen nicht nur das Patriarchat bekämpfen, sondern auch den Kapitalismus. Denn dieser



Lara Hitz von Unterentfelden ist Präsidentin der JusO Aargau.

entlohnt Carearbeit nur ungenügend, und es sind vor allem Frauen*, die diese verrichten. Auch der Kampf für Klimagerechtigkeit sollte ein queerfeministischer und ein antikapitalistischer sein, da der Kapitalismus die Ausbeutung der Natur ermöglicht und Frauen von den Auswirkungen der Klimakatastrophe überdurchschnittlich stark betroffen sind. So können der feministische Kampf, der Kampf von queeren Menschen, der Kampf für Klimagerechtigkeit und der Antikapitalismus verbunden werden, denn alle haben eines zum Ziel: Gerechtigkeit. Und nicht nur diese, sondern alle Kämpfe sind verbunden. Daher sollten sie auch gemeinsam ausgetragen werden.

Es gilt aufzuzeigen, dass die eigene Identität wichtig zur Aufdeckung von Unterdrückung ist, aber immer auch andere Menschen

vom eigenen Kampf ausschliesst. In Zeiten der zunehmenden Individualisierung können wir den Eindruck erhalten, dass wir einen einsamen Kampf führen, wenn wir uns für ein Thema stark machen. Daher müssen wir unsere Kämpfe verbinden, um als Gesellschaft ein solidarisches Kollektiv zu bilden. Wenn uns das gelingt, ist auch der Linksrutsch nicht mehr weit.

Wir müssen unsere Kämpfe verbinden, um als Gesellschaft ein solidarisches Kollektiv zu bilden.

Als starke SP müssen wir unsere Diversität zeigen und die Kämpfe der Menschen verbinden. Beispielsweise, indem wir am 11. Januar gemeinsam für das Klima auf die Strasse gehen und am 8. März für Gleichstellung.

ABSTIMMUNG 9. FEBRUAR 2020 – PAROLEN DER SP AARGAU

Eidgenössische Abstimmungen:

- Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen»: JA
- Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes: JA (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

Kanton:

- Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG), Änderung vom 7. Mai 2019: NEIN

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
 sekretariat@sp-aargau.ch
 www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag: 3255

Redaktion: Katharina Kerr,

katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 6. Januar 2020

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 2. März 2020

Erscheinen nächste Ausgabe: 18. März 2020

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

Sascha Antenen, Claudio Bernet, Elisabeth Burgener, Silvia Dell'Aquila, Dieter Egli, Yvonne Feri, Marco Hardmeier, Lara Hitz, Urs Hofmann, Lelia Hunziker, Katharina Kerr, Claudia Rohrer, Florian Vock, Rolf Walser.

AGENDA

23. Januar 2020, 19.30 Uhr

Restaurant Löwen, Dorfstrasse 66, 5417 Untersiggenthal

Aargauer Suppe. Gabriela Suter und Max Chopard-Acklin berichten aus dem Nationalrat und dem Grossen Rat.

29. Februar 2020, 10.40 Uhr

ab Bahnhof St. Ursanne bis abends

Bildungsreise nach St. Ursanne.

Anmeldung bis Ende Januar. Detailprogramm beim SP-Sekretariat.

28. März 2020, 9 – 13 Uhr

Grossratsgebäude Aarau

Kommunalpolitische Tagung

4./5. April 2020

Basel

Parteitag der SP Schweiz mit Wahl des neuen Parteipräsidiums